



Frankfurt Assistance Centre:  
 +49 (0)6102 3588 100  
[securitysupport@internationalsos.com](mailto:securitysupport@internationalsos.com)  
<https://www.internationalsos.de/>

# Globale Sicherheit

—

## Ihr wöchentlicher Ausblick

KW 03

### Übersicht

#### Regional – Europa

Kurzfristige Änderungen der COVID-19-Maßnahmen möglich

#### Russland

Verhaftung des Oppositionellen Nawalny nach seiner Rückkehr nach Russland

#### Iran

Militärübungen und Verstöße gegen das Ab-kommen erhöhen US-Iran-Spannungen

#### Israel

Zunahme der Kriminalität könnte zu weiteren Protes-ten führen

#### Äthiopien – Sudan

Erhöhte Spannungen nach Zwischenfällen in der Grenz-region

#### Jordanien

Kleinere Zusammenstöße bei Fortsetzung der Lehrer-proteste möglich

#### Uganda

Opposition wirft Betrug bei der Präsidentschaftswahl vor

#### Somalia

Bedrohung durch militante Gruppierungen im Vorfeld verschobener Wahlen

#### Angola

Regierungsfeindliche Demonstrationen auf-grund sozio-ökonomischer Umstände

#### Hongkong

Verhaftungen von Personen im Zusammen-hang mit un-gesetzlichem Aktivismus

#### Nepal

Demonstrationen im Zusammenhang mit der Auflösung des Unterhauses

#### Vereinigte Staaten von Amerika

Erhöhte Sicherheitspräsenz im Vorfeld der Amtseinfüh-rung Bidens

**Globale Sicherheit** – Ihr wöchentlicher Ausblick  
 Hier werden Sie regelmäßig über sicherheitsrele-vante Ereignisse informiert, die in den kommen-den Tagen erhöhte Aufmerksamkeit erfordern. Kontaktieren Sie gerne unser Team für weitere Details.

### Europa & Zentralasien

#### Regional

#### Kurzfristige Änderungen der COVID-19-Maßnahmen möglich

Länder in der gesamten Region werden in den kommenden Wochen weiterhin kurzfristige Ände-rungen an COVID-19-Maßnahmen vornehmen, da die Übertragungsraten schwanken und neue Stämme des Virus aufgetreten sind. Mitarbeiter sollten bei der Planung von Inlands- oder Aus-landsreisen in der Region flexibel bleiben und mögliche erneute Grenzbeschränkungen, neue Quarantäne- und Testanforderungen sowie Lock-downs berücksichtigen.

Jene, die in Großbritannien ankommen, müssen einen negativen COVID-19-Test vorweisen, der innerhalb von 72 Stunden vor der Ankunft durch-geführt wurde. Das Vereinigte Königreich hat au-ßerdem die Korridorliste für mindestens einen Monat aufgehoben. Nach der Entdeckung einer COVID-19-Variante in Großbritannien haben mehrere Länder wie Frankreich, Italien und Spa-nien weiterhin Einreiseverbote für UK-Reisende verhängt. Ebenso hat Großbritannien den meis-ten Reisenden die Einreise verweigert, die aus Portugal und mehreren südamerikanischen Län-dern kommen oder diese innerhalb von zehn Ta-gen vor der Ankunft in Großbritannien durchquert haben. Mitarbeiter sollten die Maßnahmen so-wohl im Ankunftsland als auch im Heimatland vor der Abreise nochmals überprüfen.

Während einige Länder wie Portugal, die Niederlande und Großbritannien landesweite Ausgangssperren verhängt haben, werden andere Länder weiterhin lokale Maßnahmen bevorzugen, um weitere Auswirkungen auf ihre Wirtschaft zu vermeiden. Frankreich hat eine landesweite Ausgangssperre von 18.00 bis 06.00 Uhr eingeführt. Italien wird regionale Maßnahmen in seinen Hochrisikoregionen umsetzen. Ähnliche Beschränkungen sind in Ländern möglich, in denen die COVID-19-Maßnahmen gelockert wurden, darunter Griechenland und Luxemburg, falls die sozialen Distanzierungsmaßnahmen als unzureichend erachtet werden.

Unternehmen sollten die Situation weiterhin genau beobachten und sicherstellen, dass sich die Mitarbeiter an die lokalen Eindämmungsmaßnahmen halten.

### Russland

#### **Verhaftung des Oppositionellen Nawalny nach seiner Rückkehr nach Russland**

Die Verhaftung des prominenten Oppositionspolitikers Alexej Nawalny am 17. Januar bei seiner Rückkehr nach Russland zeigt die wachsende politische Zersplitterung in Russland. Seine weithin erwartete Rückkehr, nachdem er Monate in Deutschland verbracht hatte, um sich von einem Vergiftungsversuch zu erholen, kommt zu einem Zeitpunkt, an dem die Partei "Einiges Russland" von Präsident Wladimir Putin mit sinkender Popularität konfrontiert ist. Nawalyns Rückkehr wurde wahrscheinlich vor den Wahlen zur Staatsduma im September geplant, um die Opposition zu vereinen, und wird daher zu einem verstärkten Vorgehen der Regierung gegen Oppositionsgruppen führen, einschließlich hochkarätiger Strafverfolgungen, Einschränkungen der Redefreiheit und Beschränkungen von Protesten. Die Razzien könnten lokale Proteste in städtischen Zentren auslösen.

Nawalny, der ein unverblümter Kritiker Putins ist, kam am internationalen Flughafen Scheremetjewo (SVO) in der Hauptstadt Moskau an, bevor er von Polizisten festgenommen wurde. Die Polizei hatte vor seiner Ankunft einen Haftbefehl gegen Nawalny erwirkt, angeblich im Zusammenhang mit einem Betrugsverfahren, das das Untersuchungskomitee im Dezember 2020 gegen ihn eingeleitet hatte, weil er angeblich die Bedingungen einer zur Bewährung ausgesetzten

dreijährigen Haftstrafe verletzt hatte. Eine Anhörung zu diesem Verfahren ist für den 29. Januar angesetzt. Es ist mit Versammlungen von Nawalyns Anhängern zu rechnen, obwohl die Behörden die COVID-19-Beschränkungen und die neu eingeführten Protestgesetze nutzen werden, um jegliche Versammlungen aufzulösen. Nawalny sollte ursprünglich auf dem Moskauer Flughafen Vnukovo (VKO) landen, wo sich Hunderte seiner Unterstützer versammelt hatten. Sein Flug wurde jedoch umgeleitet. Am Flughafen Vnukovo wurde ein starkes Aufgebot an Sicherheitskräften gemeldet, und eine Reihe seiner Anhänger wurde festgenommen. Es gab außerdem Einschränkungen für Journalisten am Flughafen Vnukovo.

Nawalny ist erneut in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt, nachdem er am 20. August 2020 während eines Fluges schwer erkrankt war –nach Angaben der Behörden an einem Novichok-ähnlichen Gift. Nawalny glaubt, dass er von Agenten auf Befehl der Regierung und des russischen Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) vergiftet wurde. Nawalyns Prominenz wird die erfolgreiche Taktik der "intelligenten Stimmabgabe", die von seiner Partei im September 2020 angewandt wird, weiter anheizen, die darauf abzielt, die Stimmen der Opposition hinter dem wahrscheinlich erfolgreichsten Oppositionskandidaten zu vereinen - unabhängig von dessen Partei, um „Einiges Russland“ Stimmen zu entziehen. Die Fortsetzung der Politik der intelligenten Stimmabgabe wird der derzeit gespaltenen Opposition dienen, wenn sie sich zusammenschließt, was eine bedeutende Herausforderung für die Partei "Einiges Russland" bei den kommenden Wahlen darstellen könnte. Die Partei "Einiges Russland" sieht sich durch die COVID-19-Pandemie und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Auswirkungen sowie durch die Einführung anderer unpopulärer politischer Maßnahmen zunehmenden Herausforderungen gegenüber

Unternehmen sollten lokale Nachrichtenquellen und unsere Alerts für Updates zu entsprechenden Entwicklungen verfolgen. Obwohl große Kundgebungen aufgrund von Restriktionen im Zusammenhang mit COVID-19 verboten sind, besteht die Möglichkeit von nicht genehmigten Versammlungen von Anhängern Nawalyns und regierungsfeindlichen Gruppen in Moskau und anderen städtischen Zentren. Die Polizei ist in der Lage, Versammlungen gewaltsam aufzulösen und Teilnehmer zu verhaften, was ein Risiko für die Menschen in der Umgebung darstellen kann. Mitarbeiter sollten über geplante und laufende

Demonstrationen informiert werden und vor-  
sichtshalber alle derartigen Veranstaltungen mei-  
den. Mitarbeiter sollten einen Bereich verlassen,  
wenn sich Menschenmengen zu sammeln begin-  
nen oder bei den ersten Anzeichen von Unruhen.

## Naher / Mittlerer Osten & Nordafrika (MENA)

### Iran

#### **Militärübungen und Verstöße gegen das Ab- kommen erhöhen US-Iran-Spannungen**

Die jüngsten Militärübungen des Iran und die  
Pläne, sein Urananreicherungsprogramm weiter  
auszubauen, werden die Spannungen mit den  
USA in der kommenden Woche weiter anheizen.  
Eine umfassende militärische Eskalation bleibt je-  
doch unwahrscheinlich. Diese Entwicklungen  
kommen vor der Amtseinführung des designier-  
ten US-Präsidenten Joe Biden am 20. Januar,  
wahrscheinlich um den Druck auf seine neue Re-  
gierung zu erhöhen, damit diese dem Joint Com-  
prehensive Plan of Action (JCPOA, allgemein be-  
kannt als das "Iran-Atomabkommen") schnell wie-  
der beiträgt und die nuklearbezogenen Sanktionen  
aufhebt.

Der Iran hat die Häufigkeit und das Ausmaß von  
Militärübungen im Januar erhöht. Am 15. und 16.  
Januar führte das Korps der Islamischen Revolu-  
tionsgarden des Iran eine zweitägige Übung  
durch, bei der auch Langstreckenraketen in den  
Indischen Ozean abgefeuert wurden. Ein US-  
Medienorgan berichtete, dass mindestens zwei  
Raketen innerhalb von 160 km eines US-  
Flugzeugträgers landeten, wobei dies von den  
USA nicht offiziell bestätigt wurde.

Obwohl der Iran seit 2019 außerhalb seiner Ver-  
pflichtungen aus dem JCPOA operiert, hat er in  
den letzten Wochen mehrere Schritte unternom-  
men, um seine Einhaltung weiter zu reduzieren.  
Der Iran kündigte am 13. Januar an, dass er die  
Forschung zur Entwicklung von Uranbrennstoff  
fortsetzen werde, nachdem er am 4. Januar an-  
gekündigt hatte, dass er die Urananreicherung  
auf 20 % erhöhen wolle. Der Iran hat außerdem  
erklärt, dass er die Inspektoren der Internationa-  
len Atomenergiebehörde bis zum 21. Februar aus  
seinen Nuklearanlagen ausweisen wird, wenn die

Sanktionen gegen seinen Banken-, Finanz- und  
Ölsektor nicht aufgehoben werden.

Wir bleiben bei unserer Einschätzung, dass ein di-  
rekter militärischer Konflikt zwischen den USA  
und dem Iran unwahrscheinlich bleibt. Die jungs-  
ten Militärübungen und Ankündigungen des Iran  
entsprechen im Großen und Ganzen dem zuvor  
festgelegten Rahmen, mit dem der Iran seit Mai  
2018 auf die zunehmenden Spannungen mit den  
USA reagiert. Anstatt einen direkten militärischen  
Konflikt mit den USA anzuzetteln, zielen die Maß-  
nahmen wahrscheinlich darauf ab, Biden unter  
Druck zu setzen, dem JCPOA wieder beizutreten  
und die nuklearbezogenen Sanktionen bald nach  
seiner Amtseinführung aufzuheben.

Nichtsdestotrotz werden die Entwicklungen in den  
kommenden Wochen die Spannungen zwischen  
den USA und dem Iran weiter anheizen, und wei-  
tere Gefechte in der Region sind wahrscheinlich.  
Im Irak zum Beispiel gab es weiterhin Angriffe auf  
niedrigschwelliger Ebene gegen logistische Kon-  
vois, welche die US-geführten Koalitionstruppen  
unterstützen, obwohl die pro-iranische Kataib Hi-  
zbollah Popular Mobilisation Unit einen Waffen-  
stillstand vom Oktober 2020 eingehalten hat.  
Diese sind stattdessen wahrscheinlich von pro-  
iranischen bewaffneten Splittergruppen verübt  
worden. Solche Vorfälle halten das Risiko auf-  
recht, dass eine Fehlkalkulation und/oder Fehli-  
dentifikation eine plötzliche Eskalation auslöst.

Unternehmen sollten diese Entwicklungen weiter-  
hin genau verfolgen und sicherstellen, dass das  
Personal im Land vorsichtshalber möglichst we-  
nig Zeit in der Nähe von militärischen und diplo-  
matischen Einrichtungen der USA verbringt. Es-  
kalationspläne sollten aktualisiert und als Best  
Practice schnell umgesetzt werden. Diese Pläne  
sollten die Fähigkeit beinhalten, an einem siche-  
ren Ort mit Vorräten für mindestens eine Woche  
standzuhalten, einschließlich Nahrung, Wasser  
und lebenswichtiger Medikamente.

## Äthiopien – Sudan

### Erhöhte Spannungen nach Zwischenfällen in der Grenzregion

Erhöhte Spannungen zwischen Äthiopien und dem Sudan werden nach mehreren grenzüberschreitenden Zwischenfällen in dieser Woche weiter anhalten. Ein ausgewachsener militärischer Konflikt zwischen den beiden Ländern bleibt jedoch unwahrscheinlich. Die aufgeheizte diplomatische Rhetorik und weitere grenzüberschreitende Vorfälle erhöhen jedoch das Potenzial, dass eine Fehlkalkulation und/oder Fehlkommunikation eine begrenzte Eskalation der Feindseligkeiten auslösen kann.

Das sudanesisches Außenministerium behauptete am 13. Januar, ein äthiopisches Militärflugzeug sei ohne vorherige Genehmigung in den Luftraum des Landes eingedrungen, was Äthiopien bestritt. Am folgenden Tag gab der Sudan die Sperrung des Luftraums über dem Bundesstaat al-Gadarif (Sudan) bekannt und begründete dies mit Sicherheitsbedenken. Die Entwicklungen folgen auf eine Reihe von grenzüberschreitenden Zwischenfällen, darunter ein Angriff am 11. Januar, der angeblich von äthiopisch unterstützten Milizen in al-Quraysha (al-Gadarif) verübt wurde und sechs Menschen tötete.

Die hitzige diplomatische Rhetorik wird voraussichtlich weitergehen, jedoch ist keines der beiden Länder an einem ausgewachsenen militärischen Konflikt interessiert, der ihre militärischen Ressourcen erheblich belasten und ihren internationalen Ruf schädigen würde. Äthiopien wird versuchen, während des laufenden Konflikts im Bundesstaat Tigray (Äthiopien) ein gewisses Maß an Zusammenarbeit mit dem Sudan aufrechtzuerhalten, da der Sudan eine Schlüsselrolle bei der Durchsetzung von Kontrollen entlang seiner Grenze zu Tigray spielt. Auch der Sudan wird bestrebt sein, ein öffentlichkeitswirksames internationales Problem zu vermeiden, das die Errungenschaften gefährden könnte, die nach der Streichung des Landes von der offiziellen US-Liste der staatlichen Sponsoren des Terrorismus erzielt wurden.

Dennoch besteht das Risiko, dass eine Fehlkalkulation und/oder Fehlkommunikation unbeabsichtigt zu einer begrenzten Eskalation der Feindseligkeiten führt. In einem solchen Szenario würden die Kämpfe wahrscheinlich auf die Grenzgebiete beschränkt bleiben, insbesondere um die

umstrittene Region al-Fashqa, die das Epizentrum eines langjährigen bilateralen Streits ist. Dies würde die allgemeine Reisesicherheit in beiden Ländern nicht beeinträchtigen. Außerdem würden internationale Partner, wie die USA und die Afrikanische Union, daran arbeiten, die Spannungen schnell zu entschärfen und eine größere Eskalation zu verhindern.

Unternehmen sollten die regionalen Entwicklungen in den kommenden Wochen genau hinsichtlich möglicher Eskalationsauslöser verfolgen, wie z.B. grenzüberschreitende Zusammenstöße mit hohen Verlusten und/oder Konfrontationen zwischen sudanesischen und äthiopischen Truppen. Mitarbeiter in Äthiopien werden daran erinnert, dass Reisen in Gebiete innerhalb von 30 km der sudanesischen Grenze erhöhte Sicherheitsvorkehrungen erfordern. Ein lokales Kontaktnetzwerk ist notwendig, um den Status der Routen zu bestätigen. Ausländische Staatsangehörige im Sudan benötigen für Reisen außerhalb der Hauptstadt Khartoum möglicherweise eine Genehmigung.

## Jordanien

### Kleinere Zusammenstöße bei Fortsetzung der Lehrerproteste möglich

In der kommenden Woche ist mit weiteren Demonstrationen von Mitgliedern und Anhängern des jordanischen Lehrersyndikats (JTS) zu rechnen. Es ist unwahrscheinlich, dass die Versammlungen zu weitreichenden Unruhen führen, allerdings sind Zusammenstöße zwischen den Teilnehmern und den Sicherheitskräften weiterhin möglich und würden zufällige Risiken für umstehende Personen in der Umgebung darstellen. Kurz- bis mittelfristig wird ein hartes Durchgreifen gegen die Proteste die öffentliche Unzufriedenheit und das Risiko weiterer Unruhen erhöhen.

Die Sicherheitskräfte lösten am 10. Januar eine Menge von Lehrern vor dem Parlament in der Hauptstadt Amman auf und nahmen mehrere Teilnehmer fest. Die Demonstration folgte auf ein Gerichtsurteil vom 31. Dezember 2020, das die JTS mit der Begründung auflöste, Mitglieder ihrer Führung hätten Gelder falsch verwendet. Die Lehrer fordern die Regierung dazu auf, das Urteil und die angebliche Zwangspensionierung von Dutzenden Gewerkschaftsmitgliedern rückgängig zu machen und eine im Oktober 2019 unterzeichnete Vereinbarung über Lohnerhöhungen einzuhalten.

Weitere sporadische Proteste von Mitgliedern und Anhängern der JTS sind in der kommenden Woche wahrscheinlich, zumal die Behörden keine Absicht signalisiert haben, die genannten Entscheidungen rückgängig zu machen. Die Sicherheitskräfte werden schnell handeln, um Versammlungen einzudämmen und unautorisierte Menschenmengen im Rahmen der aktuellen Einschränkungen für öffentliche Versammlungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie zu zerstreuen. Erhöhte Sicherheitsmaßnahmen werden auch präventiv um Brennpunkte für Versammlungen – wie das Parlament, JTS-Büros und öffentliche Plätze – vor allen geplanten Versammlungen eingeführt werden.

Obwohl solche Maßnahmen die Wahrscheinlichkeit weit verbreiteter Unruhen verringern, wird ein hartes Durchgreifen gegen den JTS die Unzufriedenheit der Bevölkerung erhöhen. Die JTS – die größte Gewerkschaft Jordaniens – ist sehr einflussreich, und ihre Klagen über Lebensstandards und faire Löhne haben vor dem Hintergrund des derzeitigen sozioökonomischen Abschwungs, der durch die Pandemie ausgelöst wurde, bei großen Teilen der Bevölkerung Anklang gefunden. Solche Missstände, gepaart mit einer harten Reaktion der Sicherheitskräfte, werden kurz- bis mittelfristig das Risiko weiterer Unruhen aufrechterhalten.

Unternehmen sollten die lokalen Entwicklungen verfolgen, um über die neuesten Entwicklungen vor Ort auf dem Laufenden zu bleiben. Mitarbeiter im Land sollten sich mit ihren lokalen Ansprechpartnern in Verbindung setzen und Proteste vorsichtshalber vermeiden. Rechnen Sie mit erhöhter Sicherheitspräsenz in der Nähe der betroffenen Gebiete und befolgen Sie alle offiziellen Anweisungen. Vermeiden Sie vorsichtshalber die Beteiligung an politisch kontroversen Debatten sowohl in der Öffentlichkeit als auch auf privaten Social-Media-Kanälen.

## Afrika

### Uganda

#### **Opposition wirft Betrug bei der Präsidentschaftswahl vor**

Das Sicherheitsumfeld in Uganda wird in dieser Woche volatil bleiben, insbesondere in der Hauptstadt Kampala, nach der Bekanntgabe der Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom 14. Januar. Der Amtsinhaber Yoweri Museveni wurde zum Sieger erklärt. Sein Hauptherausforderer Robert Kyagulanyi Ssentamu (im Volksmund Bobi Wine genannt), der Führer der oppositionellen National Unity Platform (NUP) Allianz, hat angekündigt, das Ergebnis mit allen rechtlichen Mitteln anzufechten.

Kyagulanyi hat zu friedlichen Protesten gegen die Ergebnisse aufgerufen, und bisher sind keine größeren Unruhen gemeldet worden. Dennoch kann es in den großen städtischen Zentren zu Zusammenstößen zwischen Anhängern der rivalisierenden Präsidentschaftskandidaten und den Sicherheitskräften kommen, falls Wein stärker zu Protesten aufruft. Unruhen sind vor allem in Hochburgen der Opposition wahrscheinlich, darunter Kampala, Arua und Gulu (Nordregion), Hoima (Westregion), Jinja (Ostregion) und Masaka (Zentralregion).

Darüber hinaus wird eine anhaltende teilweise Kommunikationsblockade, die soziale Medienplattformen und Messaging-Anwendungen betrifft, den Behauptungen von Wine Glaubwürdigkeit verleihen, dass die Ergebnisse gefälscht sein könnten. Es wurde berichtet, dass sich die Stimmabgabe in einigen Wahllokalen verzögerte, insbesondere in den Hochburgen der Opposition. Einige Wähler konnten neue Wahllokale nicht finden, während technische Schwierigkeiten mit den biometrischen Wahlmaschinen oder Verdachtsmomente über die Echtheit der Wahlzettel, die Stimmabgabe in einigen Bezirken behinderten. Einige unabhängige lokale Wahlbeobachter berichteten auch, dass sie von den Sicherheitskräften befragt oder festgenommen wurden.

Kyagulanyi genießt einen großen Rückhalt unter jungen Menschen und könnte seine Anhänger gegen Museveni mobilisieren. Aus diesem Grund werden die Sicherheitskräfte präventiv an den Brennpunkten der Proteste eingesetzt, einschließlich der Parteibüros, der Wohnsitze von



Kyagulanyi und anderen politischen Schlüsselfiguren, Radio- und Fernsehstationen.

Sollte es zu größeren Versammlungen kommen, werden harte Maßnahmen ergriffen. Dazu gehören die Auflösung von Menschenmengen durch Tränengas und scharfe Munition, die Einschüchterung von Oppositionsanhängern sowie willkürliche Verhaftungen. Es ist auch mit Kontrollpunkten und Stichproben zu rechnen, was die allgemeine Bewegungsfreiheit in den großen Städten beeinträchtigt.

Unternehmen sollten die Entwicklungen verfolgen, Notfall- und Business-Continuity-Pläne überprüfen und aktualisieren, die Standorte der Mitarbeiter im Land kennen und darauf vorbereitet sein, die Mitarbeiter zu bitten, bei Unruhen standhaft zu bleiben. Mitarbeiter im Land sollten während der restlichen Wahlperiode weiterhin Vorsicht walten lassen, den Aufenthalt in der Nähe von Krisenherden minimieren, den Zugang zu robusten Kommunikationsmitteln sicherstellen und persönliche Äußerungen in der Öffentlichkeit und im Internet unterlassen.

### Somalia

#### **Bedrohung durch militante Gruppierungen im Vorfeld verschobener Wahlen**

Die Sicherheitsmaßnahmen werden in dieser Woche vor allem in der Hauptstadt Mogadischu im Vorfeld der verschobenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen verstärkt. Diese werden in den kommenden Wochen in Mogadischu und den föderalen Mitgliedsstaaten Galmudug, Hirshabelle und Southwest stattfinden, deren Verwaltungen mit der föderalen Regierung verbunden sind. Am 8. Februar finden schließlich die Präsidentschaftswahlen statt.

Die Wahlen haben bei bewaffneten Gruppen – darunter die islamistische Extremistenorganisation al-Shabab – sowie bei Clans, die sich in der Politik unterrepräsentiert fühlen, Unzufriedenheit hervorgerufen. Al-Shabab stellt seit langem die Legitimität der somalischen Regierung in Frage, die sie als unvereinbar mit ihrer Interpretation der islamischen Werte betrachtet.

Insbesondere Al-Shabab dürfte in den kommenden Wochen gezielte Angriffe, einschließlich politischer Attentate, intensivieren, nachdem sie geschworen hat, die Wahlen zu sabotieren. Die Bedrohung, die von der Gruppe ausgeht, wird durch

eine Reihe von gut organisierten Anschlägen in jüngster Zeit unterstrichen, darunter Bombenanschläge und Attentatsversuche. Am 7. Januar wurden bei einem Bombenanschlag am Straßenrand nahe der KM4-Kreuzung in Mogadischu mindestens drei Menschen getötet und fünf weitere verletzt. Zwei Tage zuvor detonierte eine Landmine in der Nähe des Konvois eines Polizeisprechers im Bezirk Waberi in der Hauptstadt. Die Zielperson entkam unverletzt, aber ein Zivilist wurde getötet.

Die Anschläge unterstreichen die erheblichen Risiken, die von bewaffneten Gruppen in Somalia ausgehen, und an die Absicht von al-Shabab, den Wahlprozess zu stören. Darüber hinaus fielen sie mit dem geplanten Abzug der US-Truppen in Somalia und ihrer beabsichtigten Verlegung in die Nachbarländer Dschibuti und Kenia zusammen. Diese Entwicklung und die verzögerten Parlamentswahlen werden die wachsende Unsicherheit, die sich aus dem Abzug der Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) ergibt, noch verstärken.

Diese Entwicklungen werden die Wahrscheinlichkeit von Anschlägen in größeren Städten während des Wahlzyklus erhöhen. Mögliche Ziele sind Wahlkampfkundgebungen, Wahllokale, Sicherheitskräfte, Regierungs- und Wahlpersonal und Infrastruktur, militärische und internationale Einrichtungen sowie ausländisches Personal und Vermögenswerte. Die Drohungen von al-Shabab und die jüngsten Anschläge könnten auch die Wahlbeteiligung verringern und die Glaubwürdigkeit des Wahlprozesses untergraben. Darüber hinaus haben Oppositionskandidaten die Fähigkeit der Wahlkommission kritisiert, glaubwürdige Wahlen abzuhalten und fordern weiterhin Wahlreformen.

Die somalischen Sicherheitskräfte werden die Hauptverantwortung für die Sicherung des Wahlgangs tragen. Im ganzen Land ist mit verstärkten Sicherheitsmaßnahmen zu rechnen, darunter Straßensperrungen, zusätzliche Kontrollpunkte und Stichprobenkontrollen. Auch in Mogadischu ist mit Bewegungseinschränkungen vor und während der Wahl zu rechnen.

Unternehmen mit Mitarbeitern im Land sollten weiterhin sicherstellen, dass sie Zugang zu professioneller 24/7-Sicherheitsunterstützung haben, mit der sie sich in Verbindung setzen sollten, bevor sie wesentliche Bewegungen unternehmen. Mitarbeiter sollten es vermeiden, sich in der

Nähe von Sicherheitskontrollpunkten, Regierungseinrichtungen, militärischen Einrichtungen, Hotels und anderen wahrscheinlichen Zielen aufzuhalten.

## Angola

### Regierungsfeindliche Demonstrationen aufgrund sozioökonomischer Umstände

In dieser Woche sind weitere regierungsfeindliche Proteste unterschiedlicher Größe in den städtischen Zentren zu erwarten, die örtlich begrenzte Störungen verursachen werden. Obwohl die jüngsten Demonstrationen friedlich verlaufen sind, besteht die Gefahr, dass die Sicherheitskräfte mit harter Hand – einschließlich willkürlicher Verhaftungen und Tränengas – vorgehen, um Versammlungen aufzulösen, insbesondere wenn sie nicht genehmigt sind. Es besteht ein grundsätzliches Risiko von Unruhen, die glaubhaft zufällige Risiken für Umstehende darstellen.

Solche Demonstrationen, die meist von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Jugendaktivisten organisiert werden, finden oft an Wochenenden statt. Sie werden von Themen wie unzureichender Dienstleistungsversorgung, hoher Arbeitslosigkeit, schlechtem Lebensstandard und angeblicher Korruption durch die regierende Partei "Volksbewegung zur Befreiung Angolas" (MPLA) angetrieben. Die Verschiebung der Kommunalwahlen 2020 auf April aufgrund der COVID-19-Pandemie hat die Stimmung gegen die Regierung ebenfalls angeheizt. Diese Probleme wurden durch Vorwürfe der Polizeibrutalität während früherer Proteste noch verstärkt.

Kundgebungen, die am 9. und 16. Januar in mehreren städtischen Zentren, darunter auch in der Hauptstadt Luanda, stattfanden, verliefen friedlich. In einigen Fällen haben die Demonstranten die Erlaubnis der Behörden erhalten, sich zu versammeln, was die Wahrscheinlichkeit verringert, dass sie gewaltsam aufgelöst werden. Nichtsdestotrotz sollten Unternehmen die lokalen Nachrichten und die sozialen Medien verfolgen, um sich über geplante und laufende Proteste zu informieren.

Die Mitarbeiter sollten angewiesen werden, alle Bereiche, in denen Demonstrationen stattfinden, vorsichtshalber zu meiden. In Luanda werden die Largo de Independencia und die Largo das Heroínas wahrscheinlich weiterhin potenzielle Brennpunkte für Versammlungen sein. Wenn sie sich in

der Nähe einer Demonstration befinden, sollten die Mitarbeiter das Gebiet verlassen und sich an einen sicheren Ort abseits von Menschenmengen begeben, wenn dies sicher ist.

## Asien & die Pazifikregion

### Hongkong

### Verhaftungen von Personen im Zusammenhang mit ungesetzlichem Aktivismus

Jüngste regulatorische Entwicklungen gegen mutmaßlich ungesetzlichen Aktivismus oder Versammlungen unterstreichen die anhaltende Notwendigkeit für Mitarbeiter in Hongkong, mögliche Verstöße zu vermeiden. Am 14. Januar wurden mindestens 11 Verdächtige, darunter ein ukrainischer Staatsangehöriger, gemäß der Strafprozessordnung verhaftet, weil sie angeblich die illegale Flucht von 12 lokalen Aktivisten unterstützt hatten.

Dies folgt auf die Verhaftung von mindestens 50 regierungskritischen Aktivisten, darunter ein US-Bürger, am 6. Januar wegen angeblicher Subversionsvorwürfe unter dem neuen Sicherheitsgesetz (NSL). Die Anklagen beziehen sich auf die angebliche Beteiligung der Verdächtigen an der Durchführung einer inoffiziellen Vorwahl Monate vor den Wahlen zum Legislativrat im September 2020. Weitere Verhaftungen und polizeiliche Ordnungsmaßnahmen gegen ungesetzlichen Aktivismus oder Versammlungen sind in dieser Woche möglich.

Es ist unwahrscheinlich, dass die jüngsten Verhaftungen zu einem unmittelbaren Anstieg der öffentlichen Demonstrationen führen werden. Jedoch bleiben die Spannungen über die behördlichen Maßnahmen in Aktivistenkreisen hoch und könnten zu kleineren Versammlungen in dieser Woche motivieren. Aktivisten nutzen weiterhin Online-Kanäle, um die Aufmerksamkeit für emotionale Themen zu erhöhen, einschließlich der Durchsetzungsmaßnahmen in Verbindung mit dem NSL. Es gab in letzter Zeit auch eine wachsende Besorgnis in Aktivistenkreisen über die wahrgenommene polizeiliche Kontrolle und die damit verbundenen behördlichen Maßnahmen gegen aktivistenbezogene Webseiten und Inhalte in den sozialen Medien.

Zusammengenommen sollte der Verlauf der regulatorischen Entwicklungen gegen ungesetzlichen Aktivismus oder Versammlungen Organisationen dazu zwingen, notwendige Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Diese beinhalten eine robuste Risikobewertung und einen Genehmigungsprozess für alle potenziell sensiblen Aktivitäten. Dabei sollten die umfassenderen Bemühungen der Behörden berücksichtigt werden, Fragen der nationalen Sicherheit über die Online-Prüfung potenziell problematischer Inhalte sowie über die direkte Zusammenarbeit mit Organisationen und der breiten Öffentlichkeit anzugehen.

Mitarbeiter in Hongkong sollten vorsichtshalber alle Versammlungen meiden, um nicht in Polizeieinsätze verwickelt zu werden und sich an die COVID-19-Maßnahmen zur sozialen Distanzierung halten. Etwaige Handgemenge zwischen der Polizei und Demonstranten und/oder direkte Aktionen von Hardliner-Demonstranten gegen Polizeibeamte und -einrichtungen stellen ein zufälliges Risiko für umstehende Personen dar.

Weitere Versammlungen können in stark frequentierten Bereichen von Zentral-Kowloon und der Insel Hongkong stattfinden. Dazu gehören Einkaufszentren und -viertel, MTR-Stationen (Mass Transit Railway), öffentliche Wahrzeichen und offizielle Gebäude wie Polizeistationen und Gerichtsgebäude, insbesondere solche, die mit hochkarätigen Polizeifällen oder Gerichtsverfahren in Verbindung stehen.

### Nepal

#### **Demonstrationen im Zusammenhang mit der Auflösung des Unterhauses**

Die Demonstrationen wegen der Auflösung des Unterhauses werden diese Woche fortgesetzt. Die Oppositionspartei Nepali Congress (NC) wird am 21. Januar landesweite Proteste in allen Bezirken abhalten. Darüber hinaus hat eine Fraktion der regierenden Nepal Communist Party (NCP) unter Führung des ehemaligen Premierministers Pushpa Kamal Dahal (bekannt als "Prachanda"; im Amt 2008-09, 2016-17) zu Demonstrationen bis zum 5. Februar aufgerufen.

Die Anhörungen zu den Petitionen, welche die Verfassungsmäßigkeit der Auflösung anfechten, gehen vor dem Obersten Gerichtshof (SC) weiter. Selbst wenn der Oberste Gerichtshof die Auflösung für ungültig erklärt, ist es unwahrscheinlich, dass die politische Krise endet. Die Aussichten

auf eine Einigung zwischen Premierminister KP Sharma Oli und Prachanda erscheinen düster. Oli könnte die NCP spalten und damit die parlamentarische Mehrheit der Partei gefährden. Neuwahlen sind daher unausweichlich und Parteien wie die NC haben bereits mit den Vorbereitungen für Umfragen begonnen.

In der Hauptstadt Kathmandu und anderen größeren Städten wie Pokhara (Gandaki), Lalitpur (Bagmati Pradesh), Biratnagar (Provinz 1), Birgunj und Janakpur (Provinz 2) wird es weiterhin Demonstrationen geben. Mögliche Protestorte in Kathmandu sind die Residenz des Premierministers und das Sekretariat im Baluwatar-Gebiet, der Paradeplatz in Tundikhel, das Parlamentsgebäude und der Basantapur Durbar Square. Es besteht nach wie vor die Möglichkeit von Unruhen während der Versammlungen, die ein zufälliges Risiko für umstehende Personen darstellen.

Unternehmen sollten sicherstellen, dass alle protestbezogenen Informationen rechtzeitig weitergegeben werden. Mitarbeiter sollten vorsichtshalber alle Demonstrationen meiden und sich an Tagen, an denen Proteste geplant sind, über den Status ihrer Routen informieren. Im Umfeld von Versammlungen ist mit verstärkten Sicherheitsmaßnahmen zu rechnen. Mitarbeiter sollten alle behördlichen Anordnungen befolgen und relevante Ausweisdokumente mit sich führen, um das Passieren von Kontrollpunkten zu erleichtern.



## Nord- und Südamerika

### Vereinigte Staaten von Amerika

#### **Erhöhte Sicherheitspräsenz im Vorfeld der Amtseinführung Bidens**

Das Sicherheitsumfeld wird in der kommenden Woche landesweit durch Demonstrationen und andere potenzielle Sicherheitsvorfälle rund um die Amtseinführung des designierten Präsidenten Joe Biden am 20. Januar beeinflusst. Die Sicherheitsvorkehrungen sind im ganzen Land hoch, nachdem es am 6. Januar zu Ausschreitungen im Capitol-Komplex in der Hauptstadt Washington (DC) kam, bei denen Hunderte von Anhängern von Präsident Donald Trump das Capitol-Gebäude stürmten. Das Repräsentantenhaus stimmte daraufhin für ein Amtsenthebungsverfahren gegen Trump unter dem Vorwurf der "Anstiftung zum Aufruhr". Ein Prozess wird im Senat stattfinden, wahrscheinlich nach Bidens Amtseinführung. Die Gesetzgeber werden entscheiden, ob Trump wegen dieser Anschuldigungen verurteilt wird.

Es wird erwartet, dass sich im Vorfeld der Amtseinführung täglich Demonstranten in Washington (DC) und anderen städtischen Zentren versammeln. Die Nationalgarde wurde in verschiedenen Städten in Erwartung weiterer Zwischenfälle eingesetzt. Das FBI warnte vor gewalttätigen, möglicherweise bewaffneten Demonstrationen in Washington (DC) und in den Hauptstädten der Bundesstaaten; die Sicherheitsvorkehrungen bei der Einweihungszeremonie und an Regierungsgebäuden werden landesweit verschärft.

Kleine Gruppen von Demonstranten demonstrieren am 16. und 17. Januar vor mehreren Landeshauptstädten. Einige der Demonstranten, wie z. B. in Austin (Texas) und Lansing (Michigan), trugen bei den Kundgebungen Schusswaffen. Es gab keine Berichte über Zusammenstöße oder Verhaftungen.

Bewaffnete Demonstranten und Gegendemonstranten werden voraussichtlich an allen Demonstrationen teilnehmen, was das Risiko von gewaltvollen Zusammenstößen weiter erhöht. Bei früheren Kundgebungen im ganzen Land ist es bereits zu tödlichen Schießereien gekommen. Vereinzelte Vorfälle von politisch motivierter Gewalt sind in der kommenden Woche weiterhin

möglich, einschließlich Schießereien oder Bombendrohungen vor wichtigen Regierungsgebäuden und in städtischen Zentren.